





# 6. Genossenschaftstag des Zentral-Verbandes Deutscher Konsum-Vereine.

Unter Nachb. verb. Hg. Mainz, 15. Juni.

Der 6. Genossenschaftstag des Zentral-Verbandes Deutscher Konsum-Vereine ist gestern abend hier in der Stadthalle unter zahlreicher Beteiligung von Delegierten aus allen Teilen Deutschlands und von Vertretern der ausländischen Genossenschaftsbewegung und der Großkaufleute-Genossenschaften beendigt. Der Vorsitzende begrüßte hierauf die Delegierten und den Vertreter der Stadt Mainz Bürgermeister Dr. Schmidt, ferner den Vertreter des Internationalen Genossenschaftsbundes Dr. Hans Müller (Zürich), sowie die Vertreter der bayerischen, französischen, englischen, schottischen, schwedischen und russischen Genossenschaften, weiter die Vertreter der Generalkommission der Genossenschaften Deutschlands, des Verbandes der Bäcker und Konditoren, des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen, des Verbandes der Lagerhalter und des Verbandes der Transportarbeiter. Wenn auch das verfloßene Jahr, so führte der Vorsitzende, auf für unsere Bewegung kein gutes war, da die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse sich nur wenig gebessert haben, so hoffen wir doch, daß die eingetretene geringe Besserung weitere Fortschritte machen und den Mitgliedern günstigerer Erwerbsverhältnisse bringen werden.

Diesem begrüßte Bürgermeister Schmidt-Mainz den Verbandstag namens der Stadverwaltung. Es folgte dann eine Rede von Begrüßungsreden durch die ausländischen Vertreter. Der Vertreter der englischen Konsumvereine und der Großkaufleute-Genossenschaft für Großbritannien betonte u. a., daß dieser Genossenschaftstag, der aus allen Weltteilen befaßt ist, dazu beitragen werde, die Völker einander näher zu bringen und die Kriegsgefahr zu vermeiden. (Leb. Beifall). Der Vertreter der schottischen Einkaufsgenossenschaft führte u. a. aus: Wir wollen keine Kenntnis nehmen von den Dreadnoughts, die Ihr baut, sondern wir wollen Kenntnis nehmen von Euren Genossenschaftswesen. (Stürmischer Beifall).

Die geschäftlichen Verhandlungen nahmen heute ihren Anfang. Zunächst wurden die Berichte des Vorstandes eingesehen, die von Radebeck (Dresden) und vom Generalsekretär Heinrich Kaufmann (Hamburg) erstattet wurden. Darauf referierte Hofprediger Dr. August Müller (Hamburg) über Produktionszentrale und Konsumentenorganisationen.

Zur Frage der Genossenschaftlichen Serienheime wurde folgende Resolution angenommen:

Der 6. Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine erkennt an, daß die Errichtung von Serienheimen für die Angestellten und Arbeiter der Konsumvereine einen wichtigen Schritt in der sozialen Fürsorge bedeutet. Soweit die Genossenschaften oder genossenschaftlichen Vereinigungen glauben, diesen Schritt in der Ausgestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse tun zu können, ist ihr Vorgehen freudig zu begrüßen.

Die weiteren Verhandlungen werden am Mittwoch verlag.

## Soziales.

**Obligatorische Arbeitslosenversicherung.**  
Das badische Ministerium des Innern hat eine umfangreiche Denkschrift über die Arbeitslosigkeit veröffentlicht. Die Denkschrift spricht sich für die Anwendung des Genfer Systems für die organisierten Arbeiter, für die Anwendung des Köllner Systems für die nichtorganisierten Arbeiter aus. Sollten die nichtorganisierten Arbeiter von der freiwilligen Versicherung nicht den wünschenswerten Gebrauch machen, so sei ein Gesetz zu erlassen, das die Gemeinden befugt, auf Grund eines Status eine obligatorische Arbeitslosenversicherung der arbeitsfähigen Arbeiter einzuführen und hierfür einen Beitrag zu erheben.

Zu einer Aussprache über diese Vorschläge des Ministeriums findet nächsten eine Konferenz statt, zu der neben den Vertretern der größeren und mittleren Städte auch solche der Unternahmer und der Genossenschaften eingeladen werden sollen.

## Literarisches.

Nr. 13 des „Süddeutschen Postboten“ (Verlag von M. Ernst, München) ist soeben erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der neue Vorsitzende der Finanzkommission (Bild), Nicht immer dasselbe, mandant umgekehrt (Bild), Der wunde Punkt (Bild), Kantales-Bildung (Bild), Gefährter Liebesdienst (Bild), Zentrumsvorrat (Reizgedicht), Was in der Welt vor geht, Marienbild in Potsdam, Im Nebelkamp, Gümme an das Hindoo, Eulenburgs „Waberlitz“, Geypell in Berlin, Die aristokratische Eisenbahn, Gottes Segen bei Leopold, Aus dem Dreißigjährigen und verschiedene kleinere, sehr interessante Beiträge. Die Nummer kostet 10 Pf. und ist überall erhältlich.

Beamtinnenlicher Redakteur Karl Wolf, für Provinzialles und Lokales Otto Niebuhr, beide in Halle.

## Carrel.

**Der Albanenaufstand.**  
Salonik, 15. Juni. Dschawid-Pasha konnte in Schischma erst nach wiederholten Angriffen eindringen. Es gab zahlreiche Tote auf beiden Seiten. Da die Erregung unter den Albanern zunimmt, befürchtet man den Ausbruch eines allgemeinen albanesischen Aufstandes. Dschawid-Pasha verlangte bereits dringend die Entsendung von Hilfstruppen.

## Japan.

**Der japanisch-amerikanische Zwischenfall.**  
Neu-York, 15. Juni. Die Verhaftung von vier japanischen Redakteuren in Honolulu im Zusammenhang mit dem Streit der Plantagenarbeiter verurteilt in Japan gründe Erregung. Diplomatische Auseinandersetzungen dürften unausbleiblich sein.

## Südafrika.

**In einem Staat vereinigt.**  
In Natal ist in diesen Tagen das Resultat der Referenden über den Anschluß dieser Kolonie an den südafrikanischen Staatenbund bekannt geworden. Für die Union wurden 1121, dagegen 8701 Stimmen abgegeben. Damit ist der südafrikanische Einheitsstaat eine vollendete Tatsache geworden. Derselben gehören bekanntlich an: Kapkolonie, Transvaal, Orangestaat und Natal. Das Parlament dieses Staatenbundes wird aus einem Senat von 32 Erwählten und acht ernannten Mitgliedern und einer Kammer von 121 Mitgliedern bestehen, die von den Kolonien im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung europäischer Abstammung gewählt werden. Zur Kammer wählt die Kapkolonie 41 Abgeordnete, Transvaal 36, Natal und Orangestaat je 1. Holländisch und englisch sind gleichzeitig als offizielle Geschäftssprachen anerkannt und die vier Kolonien werden zu Provinzen, an deren Spitze ein Gouverneur mit einem Provinzialrat steht. Das Parlament wird in Kapstadt tagen, während der Sitz der Regierung Pretoria ist.

Nat man also zwischen den beiden hauptsächlichsten europäischen Stämmen (Engländer und Holländer) eine volle Gleichberechtigung hergestellt, so hat man die Schwarzen völlig rechtlos gelassen. Obwohl diese in der Kapkolonie wenigstens ein beschränktes Wahlrecht hatten, sind sie in der neuen Konstitution gänzlich unberücksichtigt geblieben. Man hat also in dem „Land der Freiheit“ gleich vom Anbeginn neben der Rassentrennung auch die Rassenerdrückung aufgerichtet.

## Aus der Partei.

**Tom Kampf mit „seitigen“ Waffen.**  
Am Sonntag fand in Athen i. West. die Kreiskonferenz für den Wahlkreis Budum-Ridinghaufen-Warenhof statt. Gelegenheitlich der Konferenz wurde vor allen Dingen die unglücklich fanatische Kampfmethode des Zentrumspolitikers der letzten Reichstagswahl, bei der der bekannte Herzog von Arenberg gewählt wurde, besprochen. Im Budum wurde, wie erst jetzt bekannt wird, ein organisierter Solgarbeiter, der Flugblätter verbreitete, von sechs Zentrumskleuten überfallen und schwer mißhandelt. Den Schwerverletzten ließ man nachdem ihm die Flugblätter abgenommen waren, auf der Straße liegen. Der mißhandelte Genosse liegt zurecht im Krankenhaus in Budum; an seinem Kuffommen wird gearbeitet.

**Preßgesetz.** Genosse Nottebohm von der Dortmunder Arbeiterzeitung wurde wegen Verbreitung des Preßgesetzes zu einer Geldstrafe von 20 Mk. verurteilt, weil er die Aufnahme einer Verächtlichung der Frau Radbod abgelehnt hatte. Die Verurteilung erfolgte, obwohl die Verächtlichung ganz offenbar gegen den Inhalt des § 11 des Preßgesetzes gerichtet war. Es wird abgemerkt werden müssen, ob die Verurteilung infolge des unzulässigen Urteils bestätigt.

**Der Jahrestkongreß der Jungen Sozialistischen Garde** wurde am vergangenen Sonntag in Bonn abgehalten. Vertreten waren 38 Ortsgruppen. Aus dem Bericht des Vorstandes geht hervor, daß die jungen Genossen auch im vergangenen Jahre wieder außerordentlich fleißig waren, um unter der Jugend sozialistische Aufklärung zu verbreiten. Der Katalog des Soldaten wurde in 10 000 Exemplaren, der Refurt (in französischer und slawischer Sprache) in 57 000, und die Resenze in 60 000 Exemplaren verbreitet. Nachdem eine Reihe Organisationsfragen erledigt waren, wurde eine Resolution angenommen, in welcher die sozialdemokratischen Vertreter in der Kammer aufgefordert wurden, energisch auf die Abschaffung des Stellvertretungssystems, überhaupt auf Beseitigung des stehenden Heeres hinzuwirken. Die Gruppen werden aufgefordert, unaufhörlich gegen den Militarismus zu demonstrieren.

in den Streit zu ziehen. Da die Polizei dies als ein Werk der Revolutionäre betrachtet, ließ sie zahlreiche Verhaftungen vornehmen.

**Meinungsbesprechungen.** Das Verfahren gegen den Prozeßgegenstand des Anwaltlichen Amis, Geheimrat Dr. Goman ist nicht, wie häufig irrtümlich gemeldet, eingestellt worden, vielmehr hat die Reichsjustizminister des Reichsgerichts I in Berlin die Eröffnung des Hauptverfahrens beschlossen. Die Verhandlung wird bereits in der nächsten Schwurgerichtsperiode stattfinden.

**Reisegerichtlichkeiten.** Wegen eines geringfügigen Folgevergehens wurden, wie der Berl. Pol.-Anz. meldet, auf der französischen Grenzstation Ostilly zwei deutsche Reisepässe, die einer Reisegerichtlichkeit angehören, im Arrestlokal von zwei französischen Gendarmen gewisser mißhandelt und beschlagnahmt.

Es bleibt abzuwarten, ob die Meldung in dieser Form zutreffend ist und sich die Gendarmen so brutal benommen haben.

## Frankreich.

**Die Reform der Kriegsgerichte.**  
Man schreibt uns aus Paris: Die französische Deputiertenkammer hat eine jener Reformen verabschiedet, die das Glück der Republikanten gemacht haben — so lange sie in deren Programm standen: Die Reform der Kriegsgerichte.

Ja man könnte sagen, daß diese Reform am Fuße der letzten Gesetzgebungsperiode stand, die die Republikanten einbrachten. In der Kriegesperiode mitten im Frieden arme Proletarier im Soldatenrock wegen irgendwelcher unüberlegter Straftaten zu tödlichen Gefängnisstrafen verurteilt, daran fand man in der Bourgeoisie nichts was der Aufregung wert wäre. Als aber dieselben Offiziere, die man zu Nichten über ihre Untergebenen macht, aus Gründen der Staatsraison einen andern Offizier und außerdem einen Millionär nach der Zufallsinsel schicken, da fanden dieselben Bourgeois, daß die mittelalterliche Institution der Kriegsgerichte nicht auch in das Zeitalter des aufgeklärten Kapitalismus passe und sie eher je besser daraus verschwinden. Und die Beseitigung der Kriegsgerichte war denn auch die ursprüngliche Forderung aller Dreyfusards, Freimaurer und sonstiger Republikanten. Es sollte den sich selbst verachtenden Bourgeois nicht erspart bleiben, ihre Forderung zu verwirklichen. Es ist eine blühende Ironie der Weltgeschichte, daß der anmaßliche Dreyfusard Clemenceau als Minister präfigiert, der „göttliche“ Oberfeldwebel Picquart als Kriegsminister und der „Ädme“ Jola- und Dreyfusverteidiger Labori als Berichterstatter beauftragt wurden, die Forderung von ebendem in die Wirklichkeit umzusetzen.

Von oben sieht die Welt sich anders an, wie von unten. Was in der Opposition als gefährliches Instrument der Reaktion erscheint, steht von der Höhe eines Ministerstuhls wie eine unentbehrliche Stütze der „Ordnung“- und „Disziplin“ aus. Und dann, man kann nicht wissen, zu was man etwas nicht brauchen kann. Der Wächter der Welt ist nicht freiwillig eines Wächters, so wurde aus der Beseitigung die Reform der Kriegsgerichte.

Reformieren heißt im bürgerlichen Gargon, einem unheilbaren Zustande ein neues Wesen geben, einen moderneren Anstrich, ohne an die geistlichen und vermögensreichen Grundbesitzer der dormaligen Ordnung zu rütteln; also Wollen und Nichtwollen zugleich.

Aus diesem unüberwindlichen Widerspruch ist auch die neue Reform der Kriegsgerichte entstanden. Zunächst gab man dem Ding — Kriegsgericht hängt dann doch gar zu mittelalterlich — einen modernen Namen und nannte es „Militärisches Schwurgericht“. Dann mißte man hunderttausend Juristen, Laien (die jedoch alle ihrer Militärpflicht genügt haben müssen), Offiziere und — man trauet — einen gewöhnlichen Soldaten dazueinbringen — und die „Reform“ war fertig. Ein neuer Anstrich, ein seltsames Aufwandsstückchen... Worauf es vor allen Dingen ankommt, die Strafbestimmungen, daran ist fast nichts geändert. Nach wie vor können Offiziere „ihre“ Soldaten ungestraft beschimpfen und nach wie vor werden Soldaten, die durch Quälerien sich dazu bringen lassen, eine persönliche Sache zu nehmen, mit schwerer Gefängnisstrafe verurteilt. Es ist eben eine bürgerliche Reform.

## Rußland.

**Streit.**  
Petersburg, 15. Juni. Außer den Bediensteten der Straßenbahn beschäftigen auch die übrigen Arbeiterkategorien

# Nach der Saison

**Grosse Posten**  
Damen-Blusen, Kostüm-Röcke,  
Kostüme, Kleider,  
Staubmäntel, Paletots,  
Schwarze Frauen-Paletots

zur die hervorragendsten Neuheiten dieser Saison sind zu

**enorm billigen Preisen**  
zum Verkauf gestellt.

Preise und Auswahl ohne Konkurrenz.

# 50%

Preismäßigung

auf unsere anerkannt allerbilligsten Preise.

**Grosse Posten**  
Garnierte Damen-Hüte.  
Mädchen-, Knaben- und Herren-Hüte,  
Sonnenschirme, Schärpen,  
Weisswaren, Damengürtel

zur die hervorragendsten Neuheiten dieser Saison sind zu

**enorm billigen Preisen**  
zum Verkauf gestellt.

# J. Lewitt

Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3.

Grüßtes Kaufhaus der Provinz Sachsen.



## Sozialdemokr. Verein für Halle u. d. Saalkr.

Donnerstag den 17. Juni 1909 abends 8 1/2 Uhr im großen Saale des Volksparkes

### Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion über den Entwurf eines neuen Organisations-Statuts der Partei.
2. Bericht des Bildungs-Ausschusses.
3. Die bevorstehende Reichstags-Erfolgswahl.
4. Vereins-Angelegenheiten.

Bahreiches Erscheinen erwartet

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

### Deutscher Reichstag.

261. Sitzung. Dienstag, den 15. Juni, nachmittags 2 Uhr.  
Das Haus eilt das Angehen der verstorbenen Abgeordneten Schellhorn (natl.), Schmidt (Preussische Volksp.) und Goldstein (Soz.) durch Erheben von den Sitzen.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Abgeordneten Schneider und Genssen (natl., Freil. Vdg., Freil. Volksp., Südd. Volksp.) betreffend  
**Genehmigung der bestehenden mecklenburgischen Verfassungen.**  
Die Interpellanten fragen, was der Reichstagler zu tun gedenkt, nachdem die im Bundesratsbeschluss vom Oktober 1875 ausgesprochene Erwartung, daß es den mecklenburgischen Regierungen gelingen werde, eine Milderung der Verfassung mit den mecklenburgischen Landtag zu vereinbaren, nicht in Erfüllung gegangen ist und nachdem die vom Stellvertreter des Reichstages im Januar 1895 ausgesprochene Annahme, es sei ausgeschlossen, daß die mecklenburgischen Regierungen und Landtage auf die Dauer eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Verfassung ablehnen könnten, sich als irrig erwiesen hat.

Minister v. Wichmann-Dollweg erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.  
Abg. v. Biele (Freil. Vdg.) begründet die Interpellation, indem er die Materie wieder bringen will. Bekanntlich wurde von der Reichstagskommission für Mecklenburg eine zeitgemäße Verfassungsreform in Aussicht gestellt. Trotz aller rühmlichen Weisungen wurde aber der Entwurf von der Ritterschaft glatt abgelehnt. Der Minister von mecklenburgischen Ritterschaft und Rönne will keine Verhandlung mit niemandem wissen. Die Interessen sind für die Herren ausschlaggebend. Die Herren Konventionen haben es ja immer gut verstanden, ihre Interessen zu vertreten. So hier beim Zolltarif und jetzt bei der Finanzreform. (Sehr wahr! links.) Die konstitutionelle Idee, welche die ganze Welt erobert hat, wird aber nicht von den mecklenburgischen Ritterschaften geteilt. Es ist ein Widerspruch, die Ritterschaften sind politisch weiter fortgeschritten als Mecklenburg.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist in Mecklenburg unter dem feudalen Regime zurückgegangen. Der Großbesitz hat das selbst ausgeben müssen. Wohlstand sind für den mecklenburgischen Ritterschaft die Verhandlungen, welche die Ritterschaft in diesem Jahre auzustellen wird. Die Ritterschaft hält v. B. abse an dem Recht der willkürlichen Abänderung der Verfassung. Die Verfassungsordnung in Mecklenburg stammt aus dem Jahre 1821. (Sehr wahr! links.)

Die rechte Seite dieses Hauses will vermutlich wieder gegen die Ritterschaften eine Forderung der Verfassung zu erreichen. Nach Artikel 78 der Reichsverfassung ist die Reichstagskommission für die Grundfragen konstitutionellen Lebens, und um diese hat sich das Reich zu kümmern. Auch in Mecklenburg muß einmal die Stunde der Konstitution schlagen. (Sehr wahr! links.)

Staatsrechtler v. Bethmann-Hollweg: Die mecklenburgische Verfassungsfrage ist hier bereits so oft und ausführlich erörtert worden, daß neue Gedanken kaum vorgebracht werden können. Die Unschicklichkeit, mit der die großbesitzigen Regierungen die Verfassungsfrage aufgenommen haben, zeigt, daß sie die begründete Hoffnung gegen zu dürfen glauben (Sehr wahr! links), eine Fortbildung der Verfassung zu erreichen. Der gegenwärtige Widerstand bietet daher aus keinem anderen Anlaß für die veränderten Regierungen, an der Erfüllung ihrer Erwartung zu zweifeln. (Sehr wahr! links.)

Mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter Baron von Brandenb.: Die mecklenburgischen Regierungen erkennen an, daß ein dringendes Bedürfnis auf Änderung der Verfassung besteht. Abg. Wiemer (Freil. Volksp.) tritt das Haus in die Beantwortung der Interpellation ein.

Abg. v. Hermann (natl.) erklärt namens seiner Fraktion: Das Reich ist nicht bereit, in die Verfassungsbeschwerden der Einzelstaaten einzutreten. Die Interpellanten verlangen vom Reichstagler eine Verfassungsveränderung. (Stärk. Heiterkeit links.)

Abg. v. Dergin (Weichp.) beruft eine lange Erklärung, die inhaltlich auf eine Wiederholung der Normannischen Erklärung hinausläuft.

Vizepräsident Dr. Paasche: Eine Rede zu verlesen gestattet die Geschäftsordnung nur denjenigen Mitgliedern der Reichstagskommission, die Mitglied sind. (Sehr wahr! links.) Genssen rechts, Abg. v. Dergin auf wiederholt zur Geschäftsordnung! Mann im ganzen Hause.

Vizepräsident Dr. Paasche: Das Wort zum Gegenstand der Tagesordnung ist bereits dem Abg. Jahn erteilt. Wiederholte Rufe: Zur Geschäftsordnung! Ständige Unruhe im ganzen Hause.

Abg. v. Biele (natl.) erklärt die Zustimmung seiner Partei zu den meisten Ausführungen des Redners. (Die Rechte überläßt demokratisch die weiteren Ausführungen des Redners.

Die Witten des Vizepräsidenten Dr. Paasche um Hilfe werden mit brüllendem Gelächter und verlästlichem Lärm beantwortet.

Vizepräsident Dr. Paasche (in großer Erregung): Meine Bemerkung scheint von einem Teil des Hauses falsch verstanden worden zu sein. Die Geschäftsordnung bestimmt, daß nur Mitglieder, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, Reden verlesen dürfen. (Sehr richtig! links.) Während Rede rechts: Es war keine Rede, sondern eine Erklärung. Widerspruch links (stark erregend: Mann). Der Herr Abg. v. Dergin hat den Wahren einer Erklärung weit übertrieben. (Zustimmung links, laute Rufe rechts: Nein, nein! Rufe rechts: Rufe, die durch Erneuter Lärm rechts, Unruhe überall, ein großer Teil der Reden ist nicht, in den Saal zu verlassen, andere setzen ihre lauten Privatgespräche fort.

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich bitte noch einmal völlig unangenehm um Ruhe. Herr Genssen steigt zum Präsidenten links hinauf und verhandelt eindringlich mit dem jetzt erregten Vizepräsidenten. Der Lärm legt sich ein wenig, und macht einer unruhigen Unaufrichtigkeit Platz.)

Abg. v. Biele (fortdauernd und immerhin in einigen Sätzen nunmehr verständlich): Unter der gegenwärtigen Verfassungslage ist es nicht möglich, die Verfassungsfrage in Mecklenburg zu lösen. (Sehr wahr! links.)

Mecklenburgischer Bundesratsbevollmächtigter Baron von Brandenb.: Die Schulverhältnisse in Mecklenburg sind nicht anders, wie in anderen gleichartigen Staaten. (Sehr wahr! links.)

Vizepräsident Dr. Paasche erklärt, daß er die Ausführungen des Herrn v. Dergin für eine Rede gehalten habe, wenn Herr v. Dergin sich durch seine mehr überhöht gemeinte Bemerkung verlegt gefühlt habe, so beubehere er das. (Sehr wahr! links.)

Abg. Dr. v. Biele (Zentr.) erklärt für seine Freunde, daß sie sich nicht für bestigt (1) halten, in einzelstaatliche Verfassungsfragen einzutreten.

Abg. v. Grohne (Soz.).

Die Behauptung, daß die Stellungnahme zur mecklenburgischen Verfassungsfrage nicht in der Kompetenz des Reichstages und der veränderten Regierungen liegt, hat die Regierung nicht immer aufrecht zu erhalten gemocht. Als zum letztenmal der Abgeordnete Büding 1905 eine solche Interpellation einbrachte, betonte der mecklenburgische Bundesratsbevollmächtigte, daß seine Regierung widerholt erklärt bemüht gewesen ist, mit den Staaten eine Milderung der bestehenden Landesverfassung zu vereinbaren. Er erinnerte an, daß die mecklenburgische Regierung mit der Zustimmung zu dem Beschluß des Bundesrates vom Oktober 1875 und der darin ausgesprochenen Erwartung eine Verpflichtung den übrigen verbündeten Regierungen gegenüber übernommen hat, eine Milderung der bestehenden Verfassung herbeizuführen. Dieser Bundesratsbeschluss ist nun zweifelslos eine direkte Einmischung des Reiches in die Verfassungsangelegenheiten eines Bundesstaates. Dieses Recht der Einmischung bleibt so lange bestehen, bis die übernommene Verpflichtung der mecklenburgischen Regierung erfüllt ist, eine Milderung der bestehenden Verfassung herbeizuführen. Die Regierung der Reiches und der Bevölkerung Mecklenburgs entspricht. (Sehr wahr! links.) Die Zurückweisung der Einmischung des Reiches ist vor allem aus einem Grunde unzulässig, der hoch über allen juristischen Erwägungen steht. Die Hauptsache bei einer Verfassung ist nicht, daß sie Rechtsnormen sind, die leider oft genug nur auf dem Papier Geltung haben, sondern daß sie einen lebendigen Gehalt haben, daß sie ein im Volksinteresse wirkendes Gesetz sind. Die Einmischung unserer Reichsverfassung spricht von der Schließung eines ewigen Bundes, zur Hilfe der Wohlfaht des deutschen Volkes. Der Geist der Volkswohlfahrt kann keinem Zwange unterworfen werden. Er schließt in sich alle, die immer neuen Bedürfnisse und Anforderungen, die aus dem Volke selbst kommen. (Sehr wahr! links.) Das Volk selbst muß sich seine Wohlfahrt schaffen und hierzu muß ihm das Recht und die Möglichkeit gegeben werden. Diese Möglichkeit kann es aber nur gewinnen, wenn es nicht eine politische Selbstbestimmung, nicht eine rechtliche Unterwerfung und mitgehende Waffe ist, wie in Mecklenburg. (Sehr wahr! links.)

Wie es in Mecklenburg ist, so ist es in anderen Bundesstaaten, die nicht die Verfassungen aller Bundesstaaten eine rechtliche Selbstbestimmung aufweisen unter Gewährleistung der Volkswohlfahrt. Und da heißt

das allgemeine gleiche Wahlrecht

in erster Linie. Es genügt nicht, daß wir es im Rechte haben. (Sehr wahr! links.) Das Recht ist die Reichsverfassung soll das allgemeine (Stimmrecht) unter anderem die Bestimmung haben, daß der Angehörige eines jeden Bundesstaates in jedem andern Bundesstaat zur Erlangung aller bürgerlichen Rechte zugelassen wird. Diese Bestimmung schließt in sich, daß jeder Bundesstaat auch wirklich staatsbürgerliche Rechte gewährt. (Sehr wahr! links.) Die mecklenburgischen Staaten gewähren ihren jugendlichen Untertanen, soweit sie der Angehörigen Klasse angehören, diese Rechte nicht, vor allem nicht das Wahlrecht. Ein Arbeiter, der von Elbendurg

land nach Mecklenburg geht, verkauft Recht gegen Rechtlosigkeit. (Sehr wahr! links.) Allerdings auch, wenn er nach Preußen oder Sachsen geht, macht er keinen günstigen Eindruck.

Die beiden springenden Punkte der mecklenburgischen Frage sind: erstens die Umwandlung des bisherigen Fürstentums „Unterthanenschaft“ in den des Staatsbürgerrechts, zweitens das offensichtliche Widerstreben der mecklenburgischen Regierung gegen die Umwandlung. Die mecklenburgische Regierung will lediglich dem Feudalismus und Absolutismus ein Ende machen. An eine moderne Verfassung denkt sie aber nicht. (Zust. b. d. Soz.)

Aus dem Volke heraus wird aber schließlich die Kraft erwachen, die den jetzigen Zuständen ein Ende macht. Die Ritterschaft wird ihrem Verhängnis nicht entgehen. Es wird kommen, und mit ihm die Freiheit der mecklenburgischen Bevölkerung. (Sehr wahr! links.)

Abg. v. Treuenfels (Konf.): Jüngere Angelegenheiten eines Bundesstaates gehören nicht vor den Reichstag. Ich gehöre zu der verfassungsfeindlichen Minderheit der mecklenburgischen Ritterschaft. Ich muß aber ihre Weisheit in Schutz nehmen. Viele sind vom reinen Idealismus befehlte Männer. (Sehr wahr! links.)

Vizepräsident v. Biele trägt den Ausdruck „Wahnen“ und ruft den Redner zur Ordnung. (Beifall links, Rechts rechts.)

Abg. Dr. v. Biele (Freil. Vdg.) wendet sich sehr scharf gegen die Angriffe des Abg. von Treuenfels auf den Grafen v. Dörmann. (Sehr wahr! links.) Das ist ein Absolutismus im Hause überhaupt nicht. Ich will, daß es durch persönliche Angelegenheiten des Abg. v. Dörmann herabgeführt wird. (Sehr wahr! links.) Graf v. Dörmann nimmt die Ausübung seines Mandats ernst, als gewisse hohe Herren, die ihr die Säsen und Palanen jagd vorgehen. (Sehr wahr! links, Unruhe rechts.)

Abg. von Treuenfels erklärt, daß er keine Erklärung von Seiten des Abg. Wiemer nötig habe. (Sehr wahr! links.)

Der Präsident schlägt vor die Besprechung der Interpellation. Präsident Graf Stolberg teilt den Eingang einer Interpellation Albrecht und Genssen (Soz.) mit, die verlesen wird. Sie lautet: „Obwohl der Reichstagskommission der durch die Lebensmittelverwertung herbeizuführenden Notlage weiter Volkswohlfahrt eine Verlang einbringen, durch die die Getreidepreise teilweise aufgehoben werden (Lärm. Heiterkeit rechts), und durch die die Einfuhrschneine aufgehoben werden.“

Der Präsident schlägt vor, die Interpellation auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu setzen. (Erneutes lärmiges Lausen rechts.)

Die nächste Sitzung wird auf Mittwoch 2 Uhr angesetzt. (Erste Lesung der neuen Steuerentwürfen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

### Zur „Reform“ der Maifester.

Zu dieser, durch den famosen Beschluß der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes wieder aktuell gewordenen Frage schreibe ich ein Mitglied des Metallarbeiterverbandes: Indem ich mich mit dem vom Volksblatt vertretenen Auffassung in der Maifesterfrage vollständig einverstanden erkläre, möchte ich mich nur erlauben, noch einige kritische Bemerkungen über das Zukunftsdenken des Beschlusses der Generalversammlung unseres Verbandes ergänzend hinzuzufügen, da es sich dabei um eine Sache handelt, die über die Kreise der organisierten Metallarbeiter hinaus, die gesamte Arbeiterfrage angeht! Wie der Beschluß der Metallarbeiter-Generalversammlung von größter allgemeiner Bedeutung ist, so allgemeines Interesse erweckend sind darum auch die Umstände, die diesem Beschluß vorausgegangen sind und ihn dann gezeitigt haben.

Zunächst die Beschließung der Generalversammlung. Es waren zur Generalversammlung rund 80 Angestellte des Verbandes delegiert, die so ziemlich geschlossen für den Beschluß gestimmt haben werden. Außerdem sind noch einige Kollegen delegiert gewesen, die man als „angehende“ Beamt. bezeichnen kann.

Ohne diesen Delegierten irgendwie zu nahe treten zu wollen, kann man aber behaupten, daß sie sich nicht ganz frei von dem materiellen Einfluß ihrer Verbandstellung in der Maifesterfrage entschieden haben. Infolgs der engen Umstände, unter denen heute die Gewerkschaftsbewegung ihre Entwicklung nimmt, gehen aus die meisten Beamten und Verbandsfunktionäre als tüchtig, die in ihrer Tätigkeit zu finden lassen. Das Unternehmertum, das als Mittel zum Zweck ein sehr wichtiger und nützlicher Organisationsfaktor ist, droht immer mehr zu überhandnehmen und nimmt zu sehr die ganze Denkarbeit der Verbandsoffiziere, und auch des Hauptvorstandes, in Anspruch, so daß dem Kampfscharakter der Organisation nicht mehr genügend Interesse geschenkt werden kann. Das soll gar kein Vorwurf gegen die Beamten und Funktionäre (zu





